

Abkommen Moskau - Bonn

Weitere Deutsche sollen repatriiert werden

Von unserem Bonner-Korrespondenten

Die monatelangen deutsch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau sind abgeschlossen worden. Botschafter Dr. Lahr und der stellvertretende sowjetische Außenminister Semjonow haben mehrere Verträge und Erklärungen unterschrieben. Zur offiziellen Unterzeichnung wird in Kürze ein sowjetischer Minister nach Bonn kommen. Bundespresseschef von Eckardt erklärte, es sei ein „für beide Seiten befriedigendes Resultat“ zustande gekommen. Die Bundesregierung begrüße die Vereinbarungen, da sie zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten beitragen und ein „Element der Entspannung“ seien.

Die Vereinbarungen, die seit dem Sommer des vergangenen Jahres in Moskau ausgearbeitet worden sind, sehen im einzelnen vor:

1. Durch ein langfristiges Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr soll den Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern größere Festigkeit und Dauer verliehen werden. Für einen Zeitraum von drei Jahren, 1958 bis 1960, werden Warenlisten für die Ein- und Ausfuhr festgelegt. Danach soll der Handel von Jahr zu Jahr zunehmen und 1960 einen Wert von 1260 Millionen DM erreichen. Das ist etwa das Doppelte des Warenverkehrs von 1957. Insgesamt ist für die drei Jahre ein Warenaustausch im Werte von rund 3 Mrd. Rubel (3150 Mill. DM) vorgesehen. Die Sowjetunion wird in Köln eine Handelsvertretung einrichten. Hinsichtlich der Zölle wurde gegenseitig die Meistbegünstigungsklausel gewährt.

2. Über die heikle Frage der Rückführung der Deutschen aus der Sowjetunion und der Rückkehr sowjetischer Staatsangehöriger aus Deutschland wurden in Moskau mündliche Erklärungen abgegeben. Auf Grund dieser Erklärungen ist zu erwarten, daß ein großer Teil der Deutschen, die sich noch in der Sowjetunion befinden, bis Ende 1959 nach Deutschland zurückkehren können. Das gilt in erster Linie für die Memellän-

der, für die sogenannten Vertragsumsiedler, ferner für die Ostpreußen und für Verschleppte aus den alten Reichsgebieten. Eine Zahl wurde da-

Erklärung über Repatriierung

In bezug auf die Rückführung der Deutschen hatte die Bundesregierung zunächst ein Abkommen angestrebt, im Laufe der Verhandlungen zeigte sich, daß die Sowjetregierung dazu nicht bereit war. Da aber die mündliche Vereinbarung über die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen, die 1955 beim Besuch des Bundeskanzlers in Moskau abgeschlossen worden war, sich bewährt hat, gab man sich auch jetzt mit einer mündlichen Erklärung zufrieden. Sie ist im einzelnen für die verschiedenen Gruppen von Deutschen abgestuft:

1. Deutsche, die am 21. Juni 1941 (Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges) unzweifelhaft die deutsche Staatsangehörigkeit gehabt haben: die Sowjetregierung hat zugesagt, daß sie Anträge dieser Deutschen auf Ausreise in die Bundesrepublik „positiv entscheiden“ wird. Auch Ehegatten und Kinder dieser Deutschen sollen die Ausreiseerlaubnis erhalten.

2. Die sogenannten „Vertragsumsiedler, die auf Grund der deutsch-sowjetischen Abkommen von 1939 bis 1941 aus den baltischen Staaten, Wolhynien und

bei nicht genannt. In bezug auf die sowjetischen Staatsangehörigen in Deutschland ändert sich nichts. Die Bundesregierung hat nur noch einmal ihre Bereitschaft bestätigt, jedermann ausreisen zu lassen, der es selbst wünscht.

3. Ein Konsularvertrag stellt die konsularischen Beziehungen zwischen beiden Staaten auf eine vertragliche Grundlage. Er bietet die Möglichkeit eines wirksamen Schutzes der beiderseitigen Staatsangehörigen sowie der Handels- und Schifffahrtsinteressen im Gastland.

Bessarabien nach Deutschland umgesiedelt sind: ihre Anträge will die Sowjetregierung „wohlwollend prüfen“, soweit die betreffenden Personen ihre Familie oder nahe Angehörige in der Bundesrepublik haben. Das gleiche gilt, wenn ihre Familien aus Deutschen bestehen. Bei Mischehen mit Russen sollen dagegen die „Interessen der Familie wie auch der einzelnen Familienmitglieder“ bei der Entscheidung berücksichtigt werden.

3. Die sogenannten Administrativ-Umsiedler, d. h. sowjetische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit, die nach 1941 aus Rußland nach Polen oder Ostdeutschland umgesiedelt worden sind. Auf sie bezieht sich die Erklärung nicht direkt. Es heißt lediglich, daß sich bei den Verhandlungen beide Seiten zum Prinzip der Zusammenführung von Familien, die infolge des Krieges getrennt worden sind, bekannt haben. Allerdings wird dabei die Einschränkung gemacht, daß bei der Verwirklichung dieses Prinzips beide Seiten „auf der Grundlage ihrer Gesetzgebung“ verfahren werden.

Die Wurzeln des Übels

J. B. G. Angst kann ein schlechter Ratgeber sein, gerade in der heutigen Situation. Es scheint fast, als ob sich die Politiker vom Atompilz den Blick bannen und die eigentlichen Gründe der politischen Weltkrise vernebeln lassen. Konzentriert auf das Verlangen, die Atomgefahr aus der Welt zu schaffen, droht den Politikern die Verwechslung von Ursache und Wirkung. Die Sowjetpolitik hat von ihrem Standpunkt aus meisterhaft taktiert, indem sie seit Jahr und Tag der übrigen Welt mit beredten Erklärungen und mit mehr oder minder verhüllten Drohungen die Atomgefahr vor Augen hält. Das könnte ablenken von jenen Ursachen der Weltspannung, die der Kreml geschaffen hat. Es könnte ihm helfen, seine illegitimen Machtpositionen zu behalten.

Der Frieden der Welt wäre heute nicht weniger gefährdet, wenn es Atomwaffen nicht gäbe. Wären diese Überwaffen nicht, so wären doch noch immer alle Gefahrenherde, alle Gegensätze und Spannungen, alles Aufbegehren gegen Unterdrückung und Zwang. Die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen wäre nicht geringer als heute.

Man muß schon der Gefahr an die Wurzeln gehen, wenn sie beseitigt und die Angst von der Menschheit genommen werden soll. Die Angst, die vor einem Weltkrieg mit fortentwickelten konventionellen Waffen nicht geringer sein kann als vor einem Atomkrieg. Die Wurzeln aber liegen in den ungelösten politischen Spannungen, zumal in jenen Bereichen, in denen sich Ost und West unmittelbar gegenüberstehen oder entgegen treten. Sie liegen in dem Zusammenprall freiheitlicher Lebensordnung mit den weltrevolutionären Ansprüchen der kommunistischen Weltverbesserer. Sie liegen in dem schreienden Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der sowjetischen Koexistenzformel; sie liegen auch darin, daß Mißtrauen und Angst allmählich auf beiden Sei-

ten außer Kontrolle geraten und das richtige Abwägen von Chance und Risiko hindern.

Vermögen sich die Sowjets noch vorzustellen, welche Friedenschance in Europa entstünde, wenn sie den Deutschen den Weg zur Einheit und zu einem Leben nach eigener Art freigäben? Vermag sich der Westen noch vorzustellen, wie die Welt anders aussähe, wenn die sowjetischen Divisionen hinter die sowjetischen Grenzen zurückträten? Und doch sind nur das die Wege, auf denen schließlich die Gefahr aus der Welt oder jedenfalls aus Europa gebracht werden kann. Oder glaubt man in Westeuropa wirklich immer ruhig schlafen zu können, solange der militante Kommunismus mit der Roten Armee eine Handvoll Kilometer vor der Nordseeküste und der französischen Grenze steht? Und glaubt der Kreml wirklich, die beherrschten Völker bleiben immer ruhig, weil er sie einmal mit Panzerdivisionen zum Schweigen zwingen konnte?

Europa ist heute ein Knäuel von Spannungen, Gefahren und Schwierigkeiten: politisch, militärisch, ökonomisch. Wer sich nur auf die Atomwaffen konzentriert, der kommt nicht an die Wurzeln des Übels. Die Engländer, die vor einer Woche an dem deutsch-englischen Gespräch über „Entflechtung“ der Machtblöcke („disengagement“) teilgenommen haben, sind sichtlich mit dem verstärkten Eindruck nach Hause gegangen, daß militärische und politische Neuordnung Hand in Hand gehen muß. Und die deutschen Teilnehmer, ob von der Regierungsseite oder von der Opposition, schienen nicht minder nachdenklich geworden zu sein. Aber wie kompliziert — nicht menschlich, sondern sachlich — war auch das Gespräch, und wie behutsam haben die einzelnen Teilnehmer die Ergebnisse für sich formuliert.

Im innerdeutschen Gespräch der Bundesrepublik geht es leider anders zu. Die Opposition tut so, als ob zwei isolierte und primär auf das Gefühl zielende Fragen zur Atombewaffnung — gestellt obendrein in der groben Vereinfachung für Massenaktionen — den rechten Weg weisen könnten. „Sind Sie damit ein-

verstanden, daß in Deutschland Abschlußvorrichtungen für atomare Sprengkörper angelegt werden?“ lautet die eine der beiden psychologischen so simplen Fragen, die nach dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf vom 25. März Gegenstand der Volksbefragung werden sollen. Der Entwurf ist unterschrieben von „Ollenhauer und Fraktion“. Wie in die Enge getrieben aber war Ollenhauer zwei Tage später, als ihn in seiner Pressekonferenz im Bonner Bundeshaus die Journalisten hartnäckig fragten, ob nun nach sozialdemokratischer Auffassung auch die amerikanischen Verteidigungskräfte im Bundesgebiet ohne Atomwaffen sein sollten.

Dieses Beispiel mag genügen, um die der Sache in keiner Weise gerecht werdende Vereinfachung zu verdeutlichen, mit der die Opposition an das Problembündel herangeht, das für Deutschland und Europa bewältigt werden muß. Würde gemäß der verlangten Volksbefragung atomare Bewaffnung in Bausch und Bogen und von vornherein abgelehnt, dann blieben doch alle Gefahren und Spannungen zu unseren und des Westens Lasten bestehen. Nur die Sowjets könnten mit größerer Ruhe ihre Position in Mitteleuropa festhalten und nutzen, wie sie es sich mit ihrem Festhalten am Status quo wünschen.

Andererseits würde auch das von der Regierungsmehrheit ausgesprochene bedingte Ja zu atomarer Bewaffnung der Situation nicht genügen, wenn es auf sich selbst beschränkt bliebe. Dieser Beschluß am Ende der außenpolitischen Debatte am 25. März findet seine Berechtigung nur, indem er beherrscht ist von dem Willen, die atomare Bewaffnung zum Diener nicht der Gewalt, sondern der Politik zu machen. Die modernste Ausrüstung entsprechend den NATO-Verpflichtungen ist nur die eine Seite jenes Bundestagsbeschlusses. Im eigentlichen Sinne in die Zukunft weisend ist seine Feststellung: „die Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung mit einer europäischen Sicherheitsordnung ist die dringlichste Aufgabe der deutschen Politik“.

Eisenhower antwortet Chrustschow

„Sowjetunion kann Beweise ihres friedlichen Willens geben“

Washington (dpa). Präsident Eisenhower hat den sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow aufgefordert, den Vorschlag der Vereinigten Staaten anzunehmen, „spaltbares Material künftig nur noch für friedliche Zwecke herzustellen“. Der amerikanische Präsident machte diesen Vorschlag in einem Brief, der am 8. April in Moskau übergeben wurde. Der Brief stellt eine Antwort Eisenhowers auf die Botschaft Chrustschows vom 4. April dar. Darin heißt es u. a.: „Falls die Sowjetunion so friedliebend ist, wie sie es verspricht, wird sie sicherlich den Wunsch haben, eine international überwachte Übertragung von spaltbarem Material von kriegerischen zu friedlichen Zwecken herbeizuführen.“

Eisenhower erklärte ferner, falls die Sowjetunion nicht beabsichtige, sein Programm „Atome für den Frieden“ anzunehmen, gebe es noch andere wichtige Vorschläge, durch die die Sowjetunion die Sache des Friedens fördern könne. Der Präsident erinnerte in diesem Zusammenhang an seinen Plan einer gegenseitigen Luftinspektion und an seine Vorschläge für die ausschließlich friedliche Nutzung des Weltraums. Wörtlich heißt es weiter: „Es erscheint eigentümlich, daß die Sowjetunion, die gerade eine Versuchsserie von bisher einmaliger Stärke beendet hat, nun in kühnen Schlagzeilen, erklärt, daß sie keine Versuche mehr unternehmen will, aber gleichzeitig in kleiner Schrift hinzufügt, daß sie ihre Versuche wiederaufnehmen wird, falls die Vereinigten Staaten ihre bereits seit langem angekündigten und nun unmittelbar bevorstehenden Versuche unternehmen.“

Eisenhower weist darauf hin, daß das Kernproblem nicht mehr die Erprobung von Atomwaffen, sondern die Waffen selbst sei. Die Vereinigten Staaten seien bemüht, in erster Linie die Möglichkeiten der Kernenergie für Verteidigungszwecke zu entwickeln und den

Anfall von radioaktiven Spaltprodukten zu verringern.

Weitere Atomversuche möglich

Außenminister Dulles kündigte in seiner wöchentlichen Pressekonferenz an, daß die USA gezwungen sein könnten, auch nach Beendigung der bevorstehenden Serie von Versuchsexplosionen im Pazifik die Atombomben-Experimente fortzusetzen. Nach seiner Auffassung würde man bei der Frühjahrs-Versuchsserie nicht alle Informationen erhalten, die man benötige.

Konferenzteilnahme erwünscht

Washington (dpa). Die Bundesrepublik und Italien haben den Wunsch ausgesprochen, an den vorbereitenden Besprechungen für eine Gipfelkonferenz beteiligt zu werden. Der Wunsch wurde auf diplomatischem Wege über die Botschafter übermittelt. Auch die Türkei soll den gleichen Wunsch zum Ausdruck gebracht haben. Die vorbereitenden Besprechungen sollen in Moskau in der zweiten Aprilhälfte beginnen. Bisher hat Moskau jedoch nicht auf den Vorschlag der Westmächte geantwortet.

Streit bei den Oppositionsparteien

Maier kritisiert eigene Bundestagsfraktion

Bonn (ap/dpa). Innerhalb der Oppositionsparteien des Bundestages ist es in den letzten Tagen zu Auseinandersetzungen über die Volksbefragung und über das Verhältnis der Bundesrepublik zu Polen gekommen.

Der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Reinhold Maier erklärte in einer scharfen Stellungnahme, eine Entscheidung über die Volksbefragung sei auf dem Düsseldorf-Parteitag einstimmig an den Bundesvorstand zur weiteren Behandlung und an den Hauptausschuß der Partei zur endgültigen Beschlußfassung überwiesen worden. „Vor Beschlüssen dieser Gremien, bei denen eine demokratische Mitwirkung der Parteigremien gewährleistet ist, ist niemand zu einer verbindlichen Erklärung für die FDP in dieser Frage befugt.“ Maier nahm damit indirekt Stellung zu den Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden Mende und des früheren FDP-Vorsitzenden Dehler, die in einer Besprechung mit Vertretern des DGB eine Unterstützung der Volksbefragungsaktion der Gewerkschaften über die Atombewaffnung zugesagt hatten.

Innerhalb der SPD haben Äußerungen Prof. Carlo Schmid über das deutsch-polnische Verhältnis Anlaß zu Auseinandersetzungen gegeben. Der SPD-

Bundestagsabgeordnete Jaksch, früherer Parteivorsitzender der sudetendeutschen Sozialdemokraten, bezeichnete die Äußerungen Schmid im Anschluß an dessen Polenreise als im höchsten Grade anfechtbar“ und bedauerte, daß Schmid nicht „die Lebenserfahrungen und die Erkenntnisse seiner Parteifreunde in Betracht gezogen hat, die sich schon länger mit solchen Problemen beschäftigen“. Schmid habe mit seiner Anerkennung einer deutschen Schuld gegenüber Polen nicht berücksichtigt, „daß aufrechte deutsche Hitler-Gegner schon sechs Jahre früher in die Konzentrationslager des Dritten Reiches eingeliefert wurden, als die Professoren von Warschau und Krakau“.

Neuer Gaitskell-Plan

London (dpa). Der Führer der britischen Labour-Partei, Gaitskell, hat als Gegenvorschlag zum Rapacki-Plan ein weitergehendes Abkommen über das Auseinanderdrücken der fremden Truppen in Mitteleuropa empfohlen. Sein Plan sieht nach Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus beiden Teilen Deutschlands sowie aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn eine internationale Kontrolle sowie die Wiedervereinigung Deutschlands vor.

Einheit durch „Auseinanderrücken“ Mollet wünscht UN-Truppen

Lord Harding über das Berlin-Problem

Berlin (dpa). Eine Lösung der beiden Machtblöcke voneinander, also ein „disengagement“ durch Schaffung einer truppenfreien Zone in Mitteleuropa, habe schon wegen der Sonderstellung Berlins nur in Verbindung mit der Wiedervereinigung Deutschlands Sinn. Diesen seinen Standpunkt erläuterte der britische Feldmarschall i. R. Lord Harding, der mit mehreren Teilnehmern des letzten deutsch-englischen Gesprächs in Königswinter nach Berlin kam, vor der Presse; einerseits könne man es den Amerikanern und den Engländern nicht verdenken, wenn sie — mit allen übrigen Truppen hinter den Rhein zurückgegangen — Kontingente in Berlin als zu exponiert empfinden, andererseits müsse Berlins Zugehörigkeit zur

westlichen Welt stets garantiert sein. Harding bezweifelte, daß die Bevölkerung Berlins im Falle eines Disengagements UN-Truppen als ausreichenden Schutz betrachten würde. Das militärische Disengagement müsse mit politischen Fortschritten verbunden sein, sonst werde der künftige Status gefährlicher sein als der gegenwärtige.

Paris/New York (dpa/ap). Der ehemalige französische Ministerpräsident Guy Mollet setzte sich dafür ein, Truppen der Vereinten Nationen in den „Kontaktzonen“ zwischen Ost und West und damit auch an der deutschen Zonengrenze zu stationieren. Er betonte, es könne darüber hinaus nur von Vorteil sein, wenn Einheiten der UN in der ganzen mitteleuropäischen „Rapacki-Zone“ stationiert würden.

Rivalität der Streitkräfte am Ende?

Eisenhower legt Pläne zur Straffung der Verteidigung vor

Washington (ap). Präsident Eisenhower hat dem Kongreß der USA jetzt einen Plan zur Reorganisierung des amerikanischen Verteidigungsministeriums unterbreitet, der dazu be-

stimmt ist, die Autorität des Verteidigungsministers zu stärken und die Koordinierung militärischer Operationen in dem Ministerium zu verbessern.

Eine getrennte Kriegführung zu Wasser, zu Lande und in der Luft gehöre endgültig der Vergangenheit an, so betont Eisenhower. Die strategische und taktische Planung müsse „völlig vereinheitlicht“ werden, und die Kampftruppen seien unter einheitlichem Kommando zusammenzufassen. Diese Änderung, so wird betont, stelle keinen Schritt in Richtung auf die Bildung eines Generalstabs nach früherem deutschen Muster dar. Die Beträge, die der Kongreß für Verteidigungszwecke zur Verfügung stellt, sollen in Zukunft nicht mehr den einzelnen Zweigen der Streitkräfte, sondern dem Verteidigungsministerium zugeleitet werden.

Das Programm tritt, sofern es vom Kongreß angenommen wird, am 1. Juli 1959 in Kraft. Nach Ansicht von politischen Beobachtern werden die Vorschläge Eisenhowers auf starke Widerstände im Kongreß stoßen, da einzelne Ausschüsse eifersüchtig darüber wachen, ihr Kontrollrecht über die einzelnen Wehrmachtsteile zu behalten.

Menschlicher Weg zum Sozialismus?

Wer ihn vertritt, wird von der SED abgesetzt

Berlin (ap/dpa). Der an der veterinär-medizinischen Fakultät der Leipziger Karl-Marx-Universität lehrende Professor Hüssel ist aus der SED ausgeschlossen worden. Nach einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ (SED) wurde ihm zum Vorwurf gemacht, er habe „einen besonders ‚menschlichen‘ Weg zum Sozialismus“ gehen wollen. Den Auffassungen Professor Husseles hätten sich vor allem Studenten des fünften Studienjahres angeschlossen.

Verpflichtungszwang . . .

Jeder Student der Magdeburger Hochschule für Schwermaschinenbau wird künftig „eine Verpflichtung unterschreiben müssen, nach Ende des Studiums fünf Jahre an einem Arbeitsplatz zu arbeiten, der ihm vom Staat zugewiesen wird“. Dieser Beschluß wurde nach einem Bericht der Magdeburger „Volksstimme“ (SED) auf einer Konferenz gefaßt, zu der der Rektor der Hochschule Vertreter aus 60 Betrieben des Bezirks eingeladen hatte.

. . . und „Verpflichtungspaß“

Um besser kontrollieren zu können, ob „Selbstverpflichtun-

gen“ auch ausgeführt werden, ist die SED auf der Baustelle des Sowjetzonen-Koks- und Kohle-Kombinats „Schwarze Pumpe“ bei Hoyerswerda dazu übergegangen, sogenannte Verpflichtungspässe auszugeben. In einen solchen Paß wird, wie die „Lausitzer Rundschau“ (SED) berichtet, die ökonomische oder gesellschaftspolitische Verpflichtung eingetragen, die der Paß-Inhaber „freiwillig“ eingegangen ist. Die Pässe werden sowohl an SED-Mitglieder als auch an Parteiloose ausgeben. Die Erfüllung der Selbstverpflichtung wird von der jeweils zuständigen SED-Parteileitung in den Paß eingetragen. „Das erzieht die Genossen und Kollegen dazu, ihre Verpflichtungen ernst zu nehmen“, schreibt die „Lausitzer Rundschau“.

Nassers neues Banner

Kairo (dpa). Die Flagge der Vereinigten Arabischen Republik Ägyptens und Syriens soll ein schwarzweißbrotes Banner mit zwei grünen Sternen in der Mitte sein. Die neue Flagge ist von Staatspräsident Nasser gebilligt worden.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2

Weniger Interzonen-Entlastungszüge

Pankows Begründung: Reiseverkehr zurückgegangen

Frankfurt (dpa). Mit Beginn des Sommerfahrplans werden nach einer Mittelteilung der Hauptverwaltung der Bundesbahn die fahrplannmäßigen Interzonen-Entlastungszüge entfallen. Im Bedarfsfalle können jedoch Entlastungszüge eingesetzt werden. Die Deutsche Reichsbahn der Sowjetzone hat für das Fahrplanjahr 1958/59 nur noch den Verkehr der 16 ganzjährigen Zugpaare zugestimmt, die täglich im Interzonenverkehr eingesetzt sind. Sie begründet ihre Entscheidung mit dem angeblichen Rückgang des Interzonenverkehrs. Damit entfallen auch die bisher im Sommerfahrplan und in den Spitzenverkehrszeiten vorgesehenen Entlastungszüge, mit Ausnahme des D. 1011/1012 Düsseldorf—Berlin und des D. 1065/1066 Hamburg—Berlin, die vom 1. Juni bis 14. September 1958 verkehren.

„Keine Spaltungsgefahr“

Bielefeld (ap). Die Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland, in der alle deutschen Landeskirchen aus Ost und West vertreten sind, sieht im Gegensatz zu den „kirchlichen Bruderschaften“ in der Frage der Atomrüstung keine Spaltungsgefahr für die Evangelische Kirche in Deutschland, berichtet das in Bielefeld erscheinende EKD- Informationsblatt „Evangelische Welt“. Man halte daran fest, daß die Gemeinsamkeit im Glauben verschiedene Auffassungen auch in der Atomfrage zulasse. Die Kirchenkonferenz hatte Ende März in Berlin unter dem Vorsitz von Bischof D. Dr. Dibelius getagt.

Volksbefragung in drei Ländern?

Hamburg (dpa). In Hamburg, Bremen und Hessen werden Vorbereitungen getroffen, um eine gesetzliche Grundlage in diesen Ländern für eine Volksbefragung über die mögliche Ausrüstung der Bundeswehr mit

atomaren Waffen zu schaffen. Der Hamburger Senat beschloß, der Hamburger Bürgerschaft (Landtag) eine entsprechende Gesetzesvorlage zuzuleiten, wenn der im Bundestag eingebrachte SPD-Gesetzentwurf von der Mehrheit abgelehnt werden sollte.

In Bremen hat sich der Vorstand des Landesverbandes Bremen der FDP, die der Regierungskoalition angehört, für eine Befragung der bremischen Bevölkerung ausgesprochen und will einen entsprechenden Antrag in der Bürgerschaft (Landtag) einbringen.

Christliche Existenz bedroht

Evangelische Kirche der Union zur Lage in der Zone

Berlin (epd/dpa). Da die offenen Angriffe des kämpferischen Atheismus in der „DDR“ an Schärfe dauernd zunehmen und die Konfirmation, wie überhaupt die kirchliche Unterweisung und Erziehung der Jugend, ja sogar die gesamte christliche Existenz zahlloser Menschen in steigendem Maße bedrohen, sollte die Gesamtdeutsche Evangelische Synode, die am 26. April in Berlin zusammentritt, ein richtungweisendes kirchliches Wort sprechen. Zu dieser Auffassung bekannte sich einhellig der Rat der Evangelischen Kirche der Union (EKU), der die Kirchen von Berlin-Brandenburg, Pommern, Provinz Sachsen, Schlesien, Rheinland und Westfalen angehören, auf seiner Aprilsitzung in Berlin. Auch die vielschichtigen Jugendprobleme in der Bundesrepublik müßten auf der Synode erörtert werden, heißt es in einer Verlautbarung des Rates.

**Gegen Vorbelastung
der Synode**

Auch mit dem Atomthema, das auf Betreiben der kirchlichen Bruderschaften im Bundesgebiet ebenfalls auf der Gesamtdeutschen Synode behandelt werden soll, beschäftigte sich der Rat der EKU auf sei-

Auch Spanien gibt deutsche Vermögen frei

Madrid (ap). Zwischen der Bundesrepublik und Spanien sind in Madrid zwei Abkommen zur Beseitigung der finanziellen Schwierigkeiten unterzeichnet worden, die sich aus der Beschlagnahme deutscher Vermögenswerte in Spanien nach dem zweiten Weltkrieg ergaben. Beide Abkommen bedürfen — ebenso wie die zuvor zwischen der Bundesrepublik und Portugal unterzeichneten — noch der Zustimmung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs.

ner Berliner Sitzung. Er sprach die Befürchtung aus, daß durch eine vorzeitige öffentliche Diskussion über die Verpflichtung der Kirche in dieser Sache die Verhandlungen der Synode vorbelastet würden.

„Weltwoche“ zog Konsequenzen

Zürich (dpa). Die Züricher „Weltwoche“ hat sich von ihrem bisherigen Mitarbeiter, dem deutsch-amerikanischen Journalisten und Schriftsteller Dr. Robert Jungk, getrennt, weil dieser kürzlich auf der Frankfurter Kundgebung „gegen den Atomtod“ als Redner aufgetreten ist. In der neuen Nummer der Zeitschrift wirft der verantwortliche Redakteur der „Weltwoche“, Dr. Lorenz Stucki, Jungk vor, er habe durch seine Teilnahme an der westdeutschen Kampagne gegen den Atomtod „den Rahmen der normalen beruflichen Tätigkeit verlassen und sich auf das Feld der politischen Agitation und der deutschen Innenpolitik begeben“. Jungks Name passe daher nicht mehr in die „Weltwoche“ als einer betont antikommunistischen und antineutralistischen Zeitschrift.

Der Vatikan und die Weltpolitik

Das Verhältnis zur Sowjetunion — Der Trick mit der „Offenen Stadt“

H. Rom, im April

Übt der Vatikan heute noch einen starken Einfluß auf die Weltpolitik aus? In der europäischen Geschichte ist der Einfluß bedeutender Päpste auf den Verlauf wichtiger politischer Entwicklungen bekanntlich nicht selten entscheidend gewesen. Ist dies in mehr oder weniger veränderter Form auch heute noch der Fall?

Die katholische Kirche ist heute nur noch eine geistige und moralische Macht. Der Vatikanstaat ist kein politischer Begriff im machtpolitischen Sinne. Aber gerade deswegen ist sein geistiger Einfluß vielleicht bedeutender als zur Zeit, als die Päpste selbst noch mit militärischen Mitteln Kriege führten. Insofern kann man Grundkonstellationen der Politik der westlichen Welt, die USA eingeschlossen, nur schwer verstehen, ohne die Meinung des Vatikans zu kennen. In den Erörterungen über Möglichkeiten, mit dem Osten zu verhandeln, wird vielfach übersehen, daß die Meinung des Vatikans zu dieser Frage, auch in nicht-katholischen Ländern, wie zum Beispiel Amerika, nicht überhört wird, ja daß das Urteil des Papstes Pius' XII. über die Sowjetunion und über die Voraussetzungen zu Verhandlungen mit ihr in manchen Ländern des Westens einen beachtlichen, wenn auch unmittelbaren Einfluß hat.

Nun, man weiß, wie Rom, um es mit dem alten Wort zu sagen, „gesprochen“ hat: Man soll und kann mit Moskau verhandeln, aber nur dann, wenn man im vornherein weiß, daß Moskau zu Konzessionen bereit ist, insbesondere dann, wenn Moskau praktisch und wirklich die uneingeschränkte religiöse Freiheit in der Sowjetunion zuläßt, und zwar im Sinne des westlichen Toleranzprinzips. Im Vatikan ist man der Meinung, daß die Sowjetunion keine Bedingungen zu stellen hat, sondern daß die westliche Welt Forderungen erheben darf und muß. Erst wenn die Sowjets die Grundrechte der Menschen wie-

der anerkennen, hätten Verhandlungen überhaupt einen Sinn. Verhandlungen sind also durchaus erstrebenswert, aber nur dann, wenn auch derartige politisch-moralische Probleme mit berücksichtigt werden. Insofern fühlt sich der Vatikan nach wie vor mitverantwortlich nicht nur für das politische, sondern vor allem für das seelische Schicksal eines so großen Teils der Menschheit hinter dem Eisernen Vorhang.

Doch wenn Vatikan und Kreml als die sozusagen unversöhnlichsten Gegner in West und Ost erscheinen mögen, so darf man doch nicht übersehen, daß der Vatikan grundsätzlich sogar eine diplomatische Vertretung der Sowjetunion in Rom anerkennen würde, wenn die Sowjets in ihrem Machtbereich normale Rechtsverhältnisse herstellen sollten. Sonst kann davon keine Rede sein!

Moskau hat nun in letzter Zeit immer mehr zu erkennen gegeben, daß es die internationale Einflußkraft des Vatikans begriffen hat. Die Bemühungen, mit Rom sozusagen zu einem Modus vivendi zu kommen, sind auffallend. Vor kurzem soll sogar von Moskau das inoffizielle Angebot gemacht worden sein, Rom für den Konfliktfall zu einer offenen Stadt zu erklären. Allerdings soll die Zone einer solchen sogenannten offenen Stadt, die also von Kriegsergebnissen jeder Art verschont werden soll, einen Umkreis von rund 900 km haben. Es würde dies also praktisch die Neutralisierung von ganz Italien bedeuten.

Damit wird für den Vatikan, der überzeugend verneint, ein solches „Angebot“ erhalten zu haben, erneut das sowjetische Doppelspiel erkennbar. Man erwartet durch zunehmende Anforderungen zu Gesprächen den Eindruck einer Verhandlungsbereitschaft. Man erklärt sich jedoch im vornherein nicht nur zu keinerlei Konzessionen bereit. Man fordert für höchst problematische Angebote, in diesem Fall die Schonung Roms, einen riesigen Preis, die Neutralisierung ganz Italiens. Gerade Italien ist nämlich den Sowjets

gegenwärtig sozusagen eine Rakete im Auge, denn die italienische Regierung hat sich ebenso wie die französische und englische Regierung grundsätzlich bereit erklärt, NATO-Basen für Atomraketen mittlerer Tragweite in Italien zuzulassen.

Was ergibt sich daraus? Der Kreml hat nicht nur den Einfluß des Vatikans in bezug auf den Rechtsstandpunkt des Westens erkannt. Moskau hat nicht nur begriffen, daß die vatikanischen Voraussetzungen für Verhandlungen von den christlich-demokratischen Parteien Europas angenommen worden sind. Moskau hat auch erkannt, daß in Italien Neuwahlen kommen. Man muß also noch um einen Grad nüchterner urteilen, wenn man die indirekten Angebote Moskaus an den Vatikan verstehen will.

Was würde nun geschehen, wenn der Vatikan dieses Angebot rundweg ablehnen würde? Ein großer Teil des italienischen Volkes würde, wenn es nicht rechtzeitig und gründlich über die Hintergründe dieses Angebots aufgeklärt werden sollte, annehmen, Moskau wolle Italien sehr wohl, der Vatikan hingegen nicht.

Man wird in bezug auf Italien sehr wahrscheinlich von Moskau noch manche Überraschungen erleben. Italien ist 1958 für Moskau besonders interessant geworden. Nicht in bezug auf ein echtes und freies Gespräch mit diesem alten Kulturland Europas. Moskau wird alle Hebel in Bewegung setzen, um die Aufstellung von Raketenbasen in Italien zu verhindern und der italienischen KP vor den Wahlen zu schlagkräftigen Parolen zu verhelfen.

Doch eins kann man jetzt schon mit Sicherheit sagen: was den Vatikan angeht, so werden die Sowjets auf Steine beißen. Sicher ist, daß Moskau, solange es nicht zu echten Konzessionen bereit ist, zu einem anständigen und ehrlichen Gegenpreis zugunsten des Friedens, niemals vom Vatikan ein allzu billiges Entgegenkommen erwarten kann.

100 000 Besucher erwartet

Umfangreiche Vorbereitungen für Kirchentreffen in Berlin

Berlin (dpa). Etwa 100 000 auswärtige Gäste erwartet Berlin zum 78. Deutschen Katholikentag, der Mitte August in beiden Teilen der Stadt veranstaltet wird. Nach ersten Schätzungen rechnet das Präsidium mit 60 000 Besuchern aus der Sowjetzone und zusätzlich 15 000 Jugendlichen aus den östlichen Diözesen. Aus dem Bundesgebiet werden 20 000 bis 30 000 Besucher erwartet. Vierzehn Reisebüros wickeln in allen Teilen des Bundesgebietes den Reiseverkehr zum Katholikentag ab. Zum 75. Deutschen Katholikentag im Jahre 1952 waren 15 000

Teilnehmer aus Westdeutschland nach Berlin gekommen.

In 11 000 katholischen Pfarreien in ganz Deutschland wurde am Ostersonntag erstmalig das Plakat zum 78. Deutschen Katholikentag ausgehängt. Mit den Plakaten sind bereits Anmeldekarten und Merkblätter für die Berlinreise an die Pfarrgemeinden in Ost und West versandt worden. Auch das Katholikentagabzeichen ist schon in Arbeit. Es ist wieder das Tatenkreuz, jedoch in etwas kleinerer Form als 1952.

Die ersten Anmeldungen von ausländischen Besuchern liegen

dem Präsidium bereits vor. Auch eine große Zahl von Bischöfen und Weihbischöfen der Diözesen im Bundesgebiet hat das Erscheinen in Aussicht gestellt.

Das Berliner Lokalkomitee hat seine Arbeit auf breiter Basis aufgenommen. Hauptquartier des Katholikentages ist, wie schon 1952, das Teufelhaus in der Kleiststraße zwischen Nollendorf- und Wittenbergplatz. Seit dem 1. April sind hier bereits 20 Mitarbeiter des Katholikentages mit den vorbereitenden Arbeiten beschäftigt. In allen Berliner Pfarreien werden in diesen Tagen Obleute für die Quartierbeschaffung bestellt. Mindestens 40 000 Privatquartiere sollen besorgt werden, damit möglichst wenige Gäste auf Sammelquartiere in Schulen und Pfarrsälen angewiesen sind. Im Berliner Sowjetsektor arbeitet ein eigenes Quartieramt. Schon am zweiten Sonntag nach Ostern sollen in den Pfarrkirchen Quartierkarten verteilt werden, damit das Lokalkomitee möglichst schnell einen Überblick über die vorhandenen Quartiere gewinnt.

50 Prozent „Jugendgeweihte“

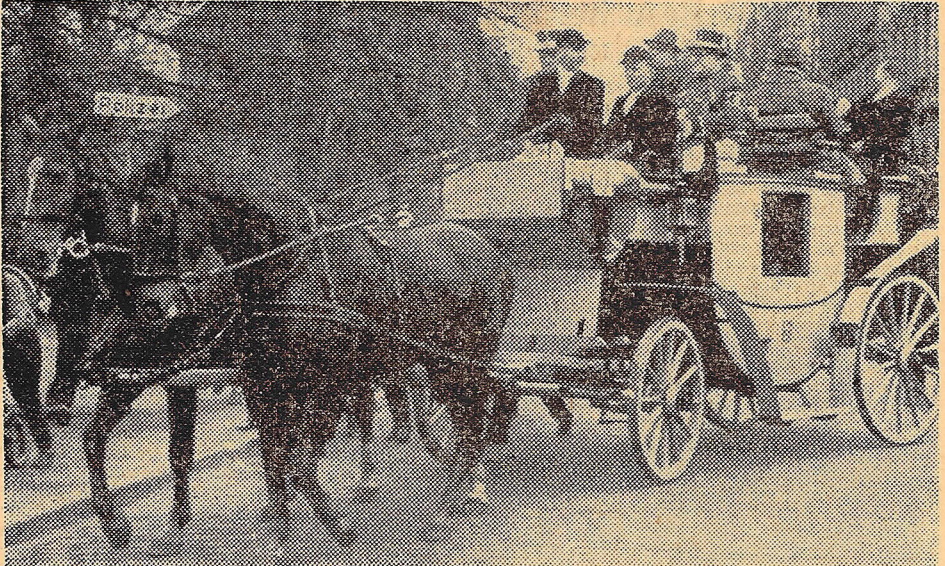
Berlin (dpa). Aller Voraussicht nach wird es der SED nach Ansicht des Untersuchungsausschusses freier Juristen in diesem Jahr gelingen, durch verstärkten Druck und teilweise auch offenen Zwang über 50 Prozent der zur Schulentlassung kommenden Jugendlichen zur Teilnahme an der atheistischen Jugendweihe zu veranlassen. Da die SED ihre Anstrengung noch vermehren werde, dürfte der Ausgang des jahrelangen Ringens der beiden christlichen Kirchen mit der SED kaum noch zweifelhaft sein. Nichtteilnehmern der Jugendweihe sind in diesem Jahr zum erstenmal schwere Nachteile zugefügt worden. Dem UfJ liegen zahlreiche Aussagen geflüchteter Lehrer vor, wonach selbst hervorragend begabte Schüler nicht zur Oberschule zugelassen wurden, wenn sie sich nicht zur Teilnahme an der Jugendweihe bereit erklärt hatten.



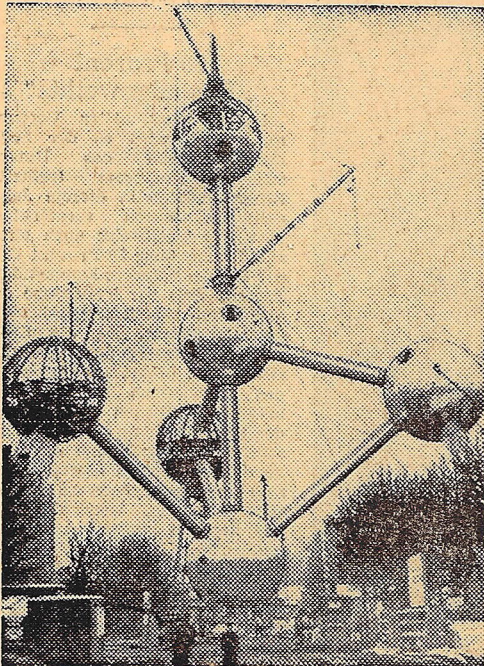
Petersplatz mit Peterskirche in Rom

Zum nebenstehenden Artikel „Der Vatikan und die Weltpolitik“

In der Postkutsche nach Brüssel



LÜNEBURG GRÜSST DIE WELTAUSSTELLUNG: Mit Schwager und Postillion in historischen Uniformen rollt jetzt eine Postkutsche von Deutschlands Heide - Metropole nach Brüssel. Zwölf Ehrengäste haben sich den zwei PS anvertraut.



In der Kunstschmiede und Schlosserei des Max Eisenträger, Lüneburg, wurde in den letzten Wochen Tag und Nacht ohne Rücksicht auf Kosten gehämmert und geschweißt, es ging um die Fertigstellung des Glanzstücks seiner Werkstatt, einer Postkutsche für zwölf Personen, wie sie vor 150 Jahren durch die Lüneburger Heide fuhren. Der 66jährige Kunstschmied Eisenträger, als weiland Großherzoglicher Hofschmied zu Neustadt/Orla (Thüringen) mit der Herstellung von „Herrschaftswagen und Luxus Schlitten mit Schwannenhälsen und so“ noch vertraut, ist einer der wenigen Handwerker in Westdeutschland, die heute inmunde sind, Fahrzeugen aus der voratomarischen Zeit den Originalschliff zu geben. „Original“ wurde die Kutsche, die sich gegenwärtig auf dem Landmarsch durch die Bundesrepublik befindet und, wie die Veranstalter hoffen, termingerecht zur Eröffnung der Weltausstellung in Brüssel am 17. April eintreffen wird.

Links: Der architektonisch gewagte Mittelpunkt der Brüsseler Weltausstellung ist das Atomium. Die eigenartige Konstruktion eines überdimensionalen würfelförmigen Kristalls wird aus neun Kugeln bestehen, die durch Stäbe miteinander verbunden sind. Die Kugeln dienen als Ausstellungsräume.